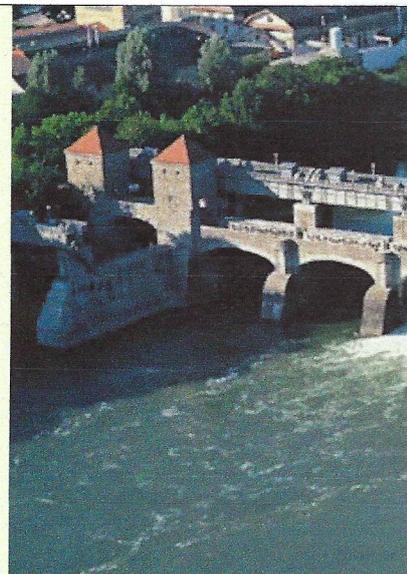


Der Rhein bei Laufenburg



8. Energie, Klima, Umwelt



Neues Holzkraftwerk der EBL
(Genossenschaft Elektra Baselland)
in Pratteln

Ein besonderes Potential besteht in einem Ausbau der Zusammenarbeit in den Bereichen Energie und Klimaschutz. Mit dem deutschen Atomausstieg und der Schweizer „Energiesstrategie 2050“ sowie der drängenden Notwendigkeit, den Klimawandel zumindest zu begrenzen und sich an ihn anzupassen, sind erhebliche Veränderungen und Anpassungen erforderlich. Deutschland und die Schweiz können sich dabei ergänzen, denn der Schweiz könnte im Kontext einer europaweiten Energiewende neben der Bedeutung als Transitland auch eine Rolle als Energiespeicher zukommen.

Trotz teilweise unterschiedlicher Ausgangslage und nationaler Energie- und Klimastrategien bestehen wichtige gemeinsame Ziele: Treibhausgasemissionen müssen reduziert, erneuerbare Energien ausgebaut, Energie eingespart und die Energieeffizienz gesteigert werden. Die Bewältigung des Wandels setzt gezielte Forschung, Innovationen und technologische Entwicklung voraus. Gemeinsame Initiativen dazu umfassen beispielsweise das trinationale Netzwerk für Energie und Klima TRION oder die Begleitung der Entstehung nachhaltiger Low-Tech-Gebäude.

Für die Erdgasversorgungssicherheit in der Schweiz und in Europa hat das Projekt der Reversierung der Trans-Europa-Naturgas-Pipeline (TENP) eine hohe Bedeutung. Zur Erhöhung der Akzeptanz

solch wichtiger Maßnahmen ist eine frühzeitige Information der Öffentlichkeit notwendig.

Bei der Stromversorgungssicherheit ist eine weiterhin enge Zusammenarbeit beim grenzüberschreitenden Stromhandel und beim Netzausbau notwendig. Eine Intensivierung des Stromaustauschs stärkt die Versorgungssicherheit, die sich in Deutschland und der Schweiz auf einem sehr hohen Niveau befindet. Da das derzeit niedrige Strompreinsniveau auch energiewirtschaftlich sinnvolle Pumpspeicher, die einen Beitrag zur Integration der erneuerbaren Energien leisten können, in wirtschaftliche Bedrängnis bringt, sollte bei der Gestaltung eines zukunftsfähigen Strommarktdesigns die Zusammenarbeit gestärkt werden.

Mit der Energiewende und der Abschaltung von Kernkraftwerken bietet eine verstärkte Zusammenarbeit zu Fragen des Rückbaus Chancen. Dazu wurde ein grenzüberschreitendes Netzwerk zum Rückbau kerntechnischer Anlagen am Oberrhein initiiert, mit dem das Know-How gebündelt und vernetzt werden soll.

Da die Schweizer „Energiesstrategie 2050“ anders als die deutsche Energiewende keinen Ausstieg aus der Kernenergienutzung zu einem bestimmten Zeitpunkt vorsieht, setzt sich das Land für ein rascheres Abschalten der in unmittelbarer Grenz-nähe liegenden Kernkraftwerke Beznau, Leibstadt und Gösgen ein.



Luftbild Kraftwerk Laufenburg
(Rheinkraftwerke werden am Hochrhein gemeinsam betrieben)
Quelle: Energiedienst /
Michael Spakowski

Baden-Württemberg ist von der Suche nach einem Atomendlager in der Schweiz unmittelbar betroffen. Das strukturierte Vorgehen mit einer umfangreichen Beteiligung der Bevölkerung könnte auch ein geeigneter Ansatz für die Endlagersuche in Deutschland sein. Ein enger Informationsaustausch und eine angemessene Beteiligung der grenznahen deutschen Gemeinden dazu wird weiterhin angestrebt.

Nach dem völkerrechtlichen Rücksichtnahmegebot sollte bei gleicher sicherheitstechnischer Eignung nicht der grenznähere Standort ausgewählt werden. Die Landesregierung setzt sich für einen Betroffenheitsradius von mindestens 30 km und eine klare Festlegung der maximalen Menge des einzulagernden Atommülls ein. Insbesondere sollte die Schweizer Seite ab Etappe 3 den engen Betroffenheitsbezug auf das Standortgebiet zugunsten eines weiteren gefassten Regionalbezugs aufgeben. Die Landesregierung setzt sich dafür ein, dass die nuklearen Auswirkungen eines Tiefenlagers mindestens auf dem Niveau einer grenzübergreifenden Umweltverträglichkeitsprüfung geprüft und die Beteiligungsrechte deutscher Gemeinden weiter ausgebaut werden. Eine völkerrechtliche Regelung im Hinblick auf Auswirkungen des Endlagers ist auch unter Berücksichtigung bestehender Vereinbarungen anzustreben.

Zumindest im Bereich der Oberrheinkonferenz besteht bereits seit 1982 die erfolgreiche Praxis

der gegenseitigen Information und Anhörung bezüglich aller Vorhaben, die grenzüberschreitende Umweltauswirkungen haben können. Grundlage für diese einvernehmliche und vertrauensbildende Behördenpraxis ist mittlerweile der Leitfaden zur grenzüberschreitenden Beteiligung bei umweltrelevanten Vorhaben sowie Plänen und Programmen der Oberrheinkonferenz vom 10.12.2010. Diese Verfahren könnten durch entsprechende Vereinbarungen auf die übrigen Grenzkantone ausgedehnt werden.



1. Trinationaler Energiekongress
von TRION-climate e.V.
November 2015 in Liestal, Baselland



Podiumsdiskussion Veranstaltung
„Blackout“ der DE-FR-CH Oberrheinkonferenz in Basel, Dezember 2016



Trinationales Unternehmertreffen
von TRION-climate e.V.
Mai 2017 in Weil-am-Rhein